

**Niederschrift der 13. Sitzung des Kreistages (5. Wahlperiode) am 14.06.2017 -
öffentlicher Teil**

Datum: 14.06.2017

Zeit: 14:00 Uhr –17:37 Uhr

Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Plenarsaal

Anwesende Kreistagsmitglieder:

Landrat

Herr Dietmar Schulze Landrat

SPD/BVB-Fraktion

Herr Frank Bretsch	SPD/BVB
Herr Burkhard Fleischmann	SPD/BVB
Frau Elke Grunwald	SPD/BVB
Herr Christian Hartphiel	SPD/BVB
Frau Astrid Hirschfelder	SPD/BVB
Herr Jürgen Hoppe	SPD/BVB
Frau Susan Jahr	SPD/BVB
Herr Uwe Neumann	SPD/BVB
Herr Wolfgang Seyfried	SPD/BVB
Herr Sebastian Tattenberg	SPD/BVB
Herr Olaf Theiß	SPD/BVB

CDU-Fraktion

Herr Wolfgang Banditt	CDU
Herr Dr. Hans-Otto Gerlach	CDU
Herr Reinhold Klaus	CDU
Herr Jens Koeppen	CDU
Herr Josef Menke	CDU
Herr Andreas Meyer	CDU
Herr Thomas Neumann	CDU (bis 16:00 Uhr)
Herr Siegfried Schön	CDU
Herr Tobias Schween	CDU
Herr Manfred Suhr	CDU
Herr Henryk Wichmann	CDU
Herr Bernd Zimdars	CDU (bis 17:35 Uhr)

Fraktion DIE LINKE

Herr Gerhard Rohne	DIE LINKE
Frau Madlen Bismar	DIE LINKE
Frau Sieglinde Knudsen	DIE LINKE
Herr Axel Krumrey	DIE LINKE
Herr Heiko Poppe	DIE LINKE

Herr Reiner Prodöhl	DIE LINKE
Herr Günter Tattenberg	DIE LINKE
Herr Egon Ulrich	DIE LINKE
Frau Evelin Wenzel	DIE LINKE

FDP-Fraktion

Herr Gerd Regler	FDP	
Herr Jürgen Drägers	FDP	(bis 15:35 Uhr)
Herr Dr. Alexander Genschow	FDP	(bis 15:45 Uhr)
Herr Klaus Scheffel	FDP	

Fraktion Bauern-Ländlicher Raum

Herr Jürgen Mittelstädt	BLR
Herr Rainer Korrman	BLR
Herr Achim Rensch	BLR

Fraktion Grüne/RdUM

Herr Bernd Hartwich	Grüne/RdUM
Frau Birgit Bader	Grüne/RdUM
Herr Dr. Gernot Schwill	Grüne/RdUM

NPD

Herr Sven Gläsemann	NPD
Herr David Weide	NPD

Verwaltung

Herr Bernd Brandenburg	1. Beigeordneter
Herr Frank Fillbrunn	2. Beigeordneter
Herr Karsten Stornowski	3. Beigeordneter
Herr Jörg Brämer	Büroleiter Landrat
Frau Michaela Felgener	Büro des Kreistages

Schriftführer

Herr Wolfgang Gerhardt	Büro des Kreistages
------------------------	---------------------

Gäste

Herr Alfred Preuß	Lychen
Frau Sara Cato	Lychen
Frau Jutta Siebert	Lychen
Herr Thomas Held	Lychen
Herr Helmut Bergsträsser	Leiter der Arbeitsgruppe Stadtentwicklung Lychen
Frau Tabea Sorgatz	Bürgerinitiative Eselshütt
Frau Karola Gundlach	Bürgermeisterin der Stadt Lychen
Frau Ulrike Harsch	Lychen
Herr Uwe Ruhnau	Lychen

Abwesende Kreistagsmitglieder:**SPD/BVB-Fraktion**

Herr Mike Bischoff	SPD/BVB	entschuldigt
Herr Sebastian Finger	SPD/BVB	entschuldigt
Herr Herbert Heinemann	SPD/BVB	entschuldigt
Herr Uwe Schmidt	SPD/BVB	entschuldigt

CDU-Fraktion

Herr Volkhard Maaß	CDU	entschuldigt
Herr Andreas Sommerschuh	CDU	entschuldigt

zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Seyfried begrüßt alle Kreistagsmitglieder zur 13. Sitzung des Kreistages der 5. Wahlperiode. Des Weiteren begrüßt er den 1. Beigeordneten Herrn Brandenburg, den 2. Beigeordneten Herrn Fillbrunn, den 3. Beigeordneten Herrn Stornowski, die anwesenden Amtsleiter und weiteren Mitarbeiter der Kreisverwaltung, die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises, die Vertreter von Presse, Funk und Fernsehen sowie alle Gäste.

Herr Seyfried stellt die Beschlussfähigkeit fest und teilt mit, dass zurzeit

45 Kreistagsmitglieder anwesend sind und sich

6 Kreistagsmitglieder bis zum Beginn der heutigen Sitzung entschuldigt haben.

Der Kreistag ist damit beschlussfähig.

zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Herr Seyfried teilt mit, dass die Tagesordnung zur heutigen Sitzung allen Kreistagsmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen ist.

Er nimmt Bezug auf den TOP 7.5 der heutigen Tagesordnung und weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion zwischenzeitlich mit der DS-Nr.: AN/697/2017/3 eine 4. Version ihres Antrages eingereicht hat.

zu TOP 2.1. Anträge zur Tagesordnung:

Herr Seyfried informiert darüber, dass noch 6 Anträge vorliegen, über deren Aufnahme in die Tagesordnung der Kreistag gemäß § 12 Absatz 3 Geschäftsordnung (GeschO) zu beschließen hat.

Bei einem weiteren Antrag ist vor Aufnahme in die Tagesordnung gemäß § 6 Absatz 3 Satz 1 und 2 GeschO die Dringlichkeit zu begründen und vom Kreistag durch Beschluss festzustellen.

Er ruft anschließend die Anträge einzeln hintereinander auf und bittet bei jedem Antrag darüber abzustimmen, ob dieser in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufzunehmen ist.

**zu TOP 2.1.1 Änderung der Sprechzeiten der Kreisverwaltung Uckermark und deren Nebengeschäftsstellen
AN/730/2017**

Der Beschlussvorschlag lautet:

Der Kreistag stimmt der Aufnahme des Antrages AN/730/2017 in die Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: *Nein: mehrheitlich*

Damit ist die Aufnahme des Antrages AN/730/2017 in die Tagesordnung abgelehnt.

**zu TOP 2.1.2 Sicherheitsdienst in der Kreisverwaltung Uckermark und in den Nebengeschäftsstellen
AN/731/2017**

Der Beschlussvorschlag lautet:

Der Kreistag stimmt der Aufnahme des Antrages AN/731/2017 in die Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: *Nein: mehrheitlich*

Damit ist die Aufnahme des Antrages AN/731/2017 in die Tagesordnung abgelehnt.

**zu TOP 2.1.3 Bildung einer polizeilichen Sondereinheit Gruppe für Ausländer Kriminalität im Land Brandenburg
AN/732/2017**

Der Beschlussvorschlag lautet:

Der Kreistag stimmt der Aufnahme des Antrages AN/732/2017 in die Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: *Nein: mehrheitlich*

Damit ist die Aufnahme des Antrages AN/732/2017 in die Tagesordnung abgelehnt.

**zu TOP 2.1.4 Paragraph 130 StGB streichen
AN/733/2017**

Der Beschlussvorschlag lautet:

Der Kreistag stimmt der Aufnahme des Antrages AN/733/2017 in die Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: *Nein: mehrheitlich*

Damit ist die Aufnahme des Antrages AN/733/2017 in die Tagesordnung abgelehnt.

**zu TOP 2.1.5 Volle Übernahme der Kita-, Krippen- und Hortkosten durch das Land Brandenburg
AN/734/2017**

Der Beschlussvorschlag lautet:

Der Kreistag stimmt der Aufnahme des Antrages AN/734/2017 in die Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: *Nein: mehrheitlich*

Damit ist die Aufnahme des Antrages AN/734/2017 in die Tagesordnung abgelehnt.

**zu TOP 2.1.6 Busverbindung Angermünde - Schwedt
AN/736/2017**

Der Beschlussvorschlag lautet:

Der Kreistag stimmt der Aufnahme des Antrages AN/736/2017 in die Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: *Nein: mehrheitlich*

Damit ist die Aufnahme des Antrages AN/736/2017 in die Tagesordnung abgelehnt.

**zu TOP 2.1.7 Antrag auf Auskunft vom Landesamt für Umwelt (LfU)
AN/740/2017**

Herr Hartwich zieht für die Fraktion Grüne/RdUM den Antrag AN/740/2017 zurück.

Herr Seyfried kündigt bezüglich der Abarbeitung der Tagesordnungspunkte an, dass er den Kreistagsmitgliedern auf Grund des Sachzusammenhangs noch vorschlagen wird, die Diskussion zu mehreren Anträgen im Zusammenhang mit der entsprechenden Beschluss- bzw. Berichtsvorlage zu führen.

Der Kreistag stimmt der so geänderten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: *Ja: einstimmig*

Die Sitzung hat somit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
 - 2.1 Anträge zur Tagesordnung
 - 2.1.1 Änderung der Sprechzeiten der Kreisverwaltung Uckermark und deren Nebengeschäftsstellen
AN/730/2017
 - 2.1.2 Sicherheitsdienst in der Kreisverwaltung Uckermark und in den Nebengeschäftsstellen
AN/731/2017
 - 2.1.3 Bildung einer polizeilichen Sondereinheit Gruppe für Ausländer Kriminalität im Land Brandenburg
AN/732/2017

- 2.1.4 Paragraph 130 StGB streichen
AN/733/2017
- 2.1.5 Volle Übernahme der Kita-, Krippen- und Hortkosten durch das Land Brandenburg
AN/734/2017
- 2.1.6 Busverbindung Angermünde - Schwedt
AN/736/2017
- 2.1.7 Antrag auf Auskunft vom Landesamt für Umwelt (LfU)
AN/740/2017
3. Bestätigung der Niederschrift der 12. Sitzung des Kreistages (5. Wahlperiode) am 15.03.2017 (öffentlicher Teil)
204/2017
4. Informationen
5. Einwohnerfragestunde
6. Anfragen aus dem Kreistag
 - 6.1 Abgelehnte Asylbewerber beschreiten immer öfter den Klageweg
AF/728/2017
 - 6.2 Vorfall in der Stadtverwaltung Templin
AF/729/2017
 - 6.3 Integration Flüchtlinge und Asylbewerber
AF/735/2017
 - 6.4 Linksextremismus und Rechtsextremismus
AF/737/2017
7. Anträge an den Kreistag
 - 7.1 Rechtswidrige Sitzungsleitung auf der Kreistagssitzung am 15. März 2017
AN/702/2017/1
 - 7.2 Stärkung des Ehrenamtes im Brand- und Katastrophenschutz
AN/725/2017
 - 7.3 Finanzielle Beteiligung des Landes Brandenburg am ÖPNV der Landkreise
AN/738/2017
 - 7.4 Busverbindung Lychen-Fürstenberg
AN/727/2017
 - 7.5 Antrag zum Fahrplanwechsel des ÖPNV
AN/697/2017/3
8. Zeitschiene zur Fahrplanerstellung
BV/720/2017
9. Bericht des Kreisbrandmeisters
BR/706/2017/1
10. Kündigung der Mitgliedschaft im Verein Creditreform Neubrandenburg e. V.
BV/704/2017
11. Zustimmung gem. § 70 (1) Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) zur überplanmäßigen Auszahlung für die Umsetzung des Breitbandausbaus im Landkreis Uckermark
BV/721/2017
12. Zustimmung gem. § 70 (1) Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) zu außerplanmäßigen Auszahlungen für die Straßenbaumaßnahme K 7349 OD Friedenfelde
BV/712/2017
13. Zustimmung gem. § 70 (1) Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) zur überplanmäßigen Auszahlung zum Ausbau der K 7309 OD Schönfeld
BV/713/2017

14. Zusammenfassender Bericht zur Querschnittsprüfung der Landwirtschaftsämter in den Landkreisen des Landes Brandenburg - Förderperiode bis 2014
BR/708/2017/2

**zu TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 12. Sitzung des Kreistages (5. Wahlperiode) am 15.03.2017 (öffentlicher Teil)
204/2017**

Herr Seyfried informiert darüber, dass innerhalb der vorgegebenen Frist folgende zwei Einwendungen gegen die Niederschrift der 12. Sitzung des Kreistages am 15.03.2017 eingegangen sind:

- Einwendung von Herrn Thomas Neumann gegen die Niederschrift der 12. Sitzung des Kreistages (5. Wahlperiode) am 15.03.2017 – öffentlicher Teil
- Einwendung von Herrn Dr. Hans-Otto Gerlach gegen die Niederschrift der 12. Sitzung des Kreistages (5. Wahlperiode) am 15.03.2017 – öffentlicher Teil

Die Einwendungen sind allen Kreistagsmitgliedern elektronisch und ggf. zusätzlich noch in Papierform mit Anschreiben vom 02.06.2017 zur Kenntnis gegeben worden.

Gemäß § 25 Absatz 9 Satz 2 Geschäftsordnung für den Kreistag Uckermark entscheidet der Kreistag in seiner heutigen Sitzung, ob und in welcher Weise die Niederschrift der 12. Sitzung des Kreistages am 15.03.2017 – öffentlicher Teil zu berichtigen ist.

Herr Seyfried bittet die Kreistagsmitglieder anschließend, über die beiden Einwendungen nacheinander abzustimmen:

Einwendung von Herrn Thomas Neumann gegen die Niederschrift der 12. Sitzung des Kreistages (5. Wahlperiode) am 15.03.2017 – öffentlicher Teil

Abstimmungsergebnis: Nein: mehrheitlich

Damit ist die Einwendung abgelehnt.

Einwendung von Herrn Dr. Hans-Otto Gerlach gegen die Niederschrift der 12. Sitzung des Kreistages (5. Wahlperiode) am 15.03.2017 – öffentlicher Teil

Herr Seyfried weist die Kreistagsmitglieder vor Abstimmung über die vorliegende Einwendung darauf hin, dass ein Passus in der Einwendung enthalten ist, der rechtlich so nicht möglich ist.

Gemäß § 131 Absatz 1 i. V. m. § 42 Absatz 2 Satz 3 BbgKVerf sind Tonaufzeichnungen zur Erleichterung der Niederschrift zulässig (Zweckbindung).

Gemäß § 131 Absatz 1 i. V. m. § 42 Absatz 2 Satz 4 BbgKVerf sind diese Tonaufzeichnungen nach der darauf folgenden Sitzung zu löschen. Nach § 19 Absatz 2 Buchstabe b) Datenschutzgesetz hat eine Löschung zu erfolgen, wenn die Daten nicht mehr zur Aufgabenerfüllung (Erstellung der Niederschrift) erforderlich sind.

Ein möglicher Beschluss des Kreistages, der abweichend von den Bestimmungen der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg und der Geschäftsordnung für

den Kreistag Uckermark eine dauernde Aufbewahrung der Tonaufzeichnung („... bzw. die Tonaufzeichnung nicht gelöscht werden.“) der Kreistagssitzung vom 15.03.2017 vorsieht, wäre rechtlich unzulässig.

Sollte der Kreistag die Einwendung zur Niederschrift in der vorliegenden Fassung beschließen, so müsste der Landrat gemäß § 131 Absatz 1 i. V. m. mit § 55 Absatz 1 BbgKVerf den Beschluss wegen seiner Rechtswidrigkeit beanstanden.

Der Wortlaut der Einwendung von Herrn Dr. Gerlach liegt allen Kreistagsmitgliedern vor.

Abstimmungsergebnis: *Nein: mehrheitlich*

Damit ist die Einwendung abgelehnt.

zu TOP 4: Informationen

Informationen des Kreistagsvorsitzenden

Herr Seyfried informiert darüber, dass alle Aufträge an die Verwaltung aus der 12. Sitzung des Kreistages am 15.03.2017 – öffentlicher Teil zwischenzeitlich abgearbeitet wurden.

- Die Einwohnerfrage von Frau Jutta Siebert aus Lychen wurde mit Schreiben vom 03.05.2017 beantwortet.
- Die Zusatzfrage von Herrn Thomas Neumann zu TOP 7.1: Auswirkungen der Änderungen im Öffentlichen Personennahverkehr auf die Schülerbeförderung im Landkreis Uckermark (AF/680/2017) wurde mit Schreiben vom 24.03.2017 beantwortet.
- Die Zusatzfrage von Herrn Herbert Heinemann zu TOP 7.7: Notfallrettung - Gemeinde Uckerland (AF/687/2017) wurde ebenfalls mit Schreiben vom 24.03.2017 beantwortet.

Informationen des Landrates

Der Landrat informiert die Kreistagsmitglieder über folgende Themen:

- Stand des Breitbandausbaus in der Uckermark
- Asyl- und Flüchtlingsproblematik in der Uckermark.
- Fortschreibung des Kindertagesstättenbedarfsplanes

Die Informationen zu o. g. Themen sind der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt.

Abschließend berichtet der Landrat noch von der Brandenburger Landpartie, die am letzten Wochenende im nördlichen Teil der Uckermark würdig eröffnet und gut von der Bevölkerung angenommen wurde.

Herr Koeppen nimmt Bezug auf die Informationen des Landrates bezüglich des Breitbandausbaus in der Uckermark. Er befürchtet, dass bei der europaweiten Aus-

schreibung der Leistungen die Gefahr besteht, dass das Stadtnetz von Schwedt und die Umgebung von anderen Anbietern überbaut wird. Herr Koeppen macht darauf aufmerksam, dass die Stadtwerke Schwedt seit Jahren beim Netzausbau in Schwedt und Umgebung in Vorleistung gegangen sind und diesen aktuell immer weiter vorantreiben. Sollte er Landkreis die europaweite Ausschreibung durchführen und die Aufteilung nach Losen in der jetzigen Form vornehmen, so würden die Stadtwerke Schwedt voraussichtlich nicht mehr zum Zuge kommen. Herr Koeppen bittet den Landrat, die Ausschreibung so vorzunehmen, dass die Stadtwerke Schwedt und andere mittelständische Unternehmen in der Region die Chance haben, ihre eigenen Leistungen weiter fortzuführen.

Der Landrat weist u. a. darauf hin, dass bei einer europaweiten Ausschreibung entsprechende Vorschriften einzuhalten sind. Bezüglich der Loggestaltung merkt er an, dass es die Aufgabe des Landkreises ist die Ausschreibung so zu gestalten, dass nicht nur ein Anbieter Berücksichtigung findet. Der Landrat bittet zunächst darum, die Mittelbereitstellung abzuwarten, um dann eine ordentliche Ausschreibung vornehmen zu können.

zu TOP 5: Einwohnerfragestunde

Herr Alfred Preuß aus Lychen *möchte vom Landrat wissen, ob es stimmt, dass Sie so vorgegangen sind bei der Erstellung des Nahverkehrsplanes, erst mal abstellen und dann hinterher mal zählen, ob man zufällig richtig lag.*

Der Landrat weist darauf hin, dass sich der Landkreis Uckermark sehr umfangreich mit dem Nahverkehrsplan beschäftigt und diesen bereits zweimal verlängert hat. Er merkt an, dass der 1. Beigeordnete seinerzeit u. a. die Städte und Gemeinden aufgefordert hatte, sich an der Erarbeitung des Nahverkehrsplanes zu beteiligen. Der Landrat schlägt Herrn Preuß vor in der Stadtverordnetenversammlung Lychen nachzufragen, in welcher Form und Intensität sich die Stadt Lychen in den Nahverkehrsplan eingebracht hat.

Frau Sara Cato aus Lychen nimmt auf den öffentlichen Nahverkehr und damit im Zusammenhang stehende Fahrplanoptimierungen Bezug. Sie teilt mit, dass ihr seit der letzten Kreistagssitzung klar geworden ist, dass die Fahrplankürzungen auf dem Nahverkehrsplan fußen und dass die offensichtlichen Probleme des neuen Fahrplans daher kommen, dass im Nahverkehrsplan der Wirtschaftszweig Tourismus sowie die wichtige kreisüberschreitende Verbindung zu Bahnhöfen, wie die Verbindung nach Fürstenberg, weitgehend außen vor gelassen wurde. Frau Cato ist der Auffassung, dass der Nahverkehrsplan lediglich das Minimum der Mobilität abdeckt, jedoch keine Zukunftsvision im Sinne einer nachhaltigen Mobilität beinhaltet.

Nach dem nun die Notwendigkeit einer Überarbeitung des Nahverkehrsplanes klar geworden sei, möchte Frau Cato wissen, *wie sich die Fraktionen dazu positionieren, die auf dem Nahverkehrsplan fußenden Fahrplanänderungen bis zur Erarbeitung einer neuen Version des Nahverkehrsplanes zunächst zurückzusetzen.*

Der Landrat weist in diesem Zusammenhang u. a. auf den in der heutigen Sitzung noch zu behandelnden Antrag AN/607/2017/3 und die Beschlussvorlage BV/720/2017 hin, die auch das Thema Nahverkehr beinhalten.

Frau Cato begrüßt es, dass sich der Landkreis Uckermark im Bundeswettbewerb für nachhaltige Tourismusdestinationen 2016/17 unter den 15 Besten befindet und *möchte wissen, wie das mit den Kürzungen im öffentlichen Personennahverkehr und dem Anspruch der Entwicklung der Uckermark als nachhaltige Urlaubsregion und*

Entwicklung der nachhaltigen Mobilität im öffentlichen Personennahverkehr zusammengeht.

Der Landrat teilt u. a. mit, dass die Tourismusstrategie des Landkreises genau diese nachhaltige Entwicklung zum Ziel hat, der vorliegende Nahverkehrsplan dieses jedoch noch nicht mitberücksichtigt hatte. Er hält deshalb die Fragen von Frau Cato für berechtigt und weist auf zukünftige Berücksichtigung im Zuge der Überarbeitung des Nahverkehrsplanes hin.

Frau Cato bittet herzlich um Überarbeitung des Nahverkehrsplanes.

Frau Jutta Siebert aus Lychen nimmt auf die schriftliche Beantwortung ihrer Frage aus der letzten Sitzung des Kreistages am 15.03.2017 Bezug und kritisiert den letzten Satz des Schreibens, wonach die Touristen einfach vernünftiger planen sollten, um an ihren Platz zu kommen. Sie macht u. a. auf die große Zahl von Wochenendtouristen aus Berlin aufmerksam, die keine Autos haben und denen nur eine begrenzte Zeit zur Verfügung steht, um Urlaub zu machen.

Frau Siebert möchte vom Landrat wissen:

„Wie positionieren Sie sich als Chef des Tourismusverbandes dazu, dass sie eine Antwort dahingehend bekommt, dass die Touristen besser planen sollen.“

Herr Brandenburg weist u. a. auf das persönliche Gespräch zwischen Frau Siebert und ihm in der letzten Woche hin und merkt an, dass Frau Siebert mögliche Kritiken bezüglich der schriftlichen Antwort auf ihre Fragen dort hätte ansprechen können.

Herr Thomas Held aus Lychen möchte wissen:

1. Ist es wahr, dass eine Einigung mit dem Landkreis Oberhavel dahingehend erzielt worden ist, dass er komplett die Personenkilometer so übernimmt, wie es der Landkreis Uckermark gefordert hat?

Auf Nachfrage von Herrn Brandenburg teilt Herr Held mit, dass er diese Information von Herrn Resch erhalten hat.

Herr Brandenburg teilt mit, dass er sich am Freitag letzter Woche mit dem Geschäftsführer der Oberhavel Holding GmbH zu einem Arbeitsgespräch getroffen hatte, in dem zwei Varianten herausgearbeitet wurden. Herr Brandenburg merkt an, dass der Geschäftsführer der Oberhavel Holding GmbH zugesichert hat, ihm bis zum 19.06.2017 eine Antwort hierzu zu geben.

Herr Held fragt den Landrat:

2. Würde es nicht strategisch Sinn machen, die Aufgabe Nahverkehr und Fahrplanelentwicklung dem Amt für Regionalentwicklung und Tourismus zu übergeben?

Der Landrat begründet die Zuständigkeit des 1. Beigeordneten für diese Angelegenheit u. a. damit, dass ihm die Aufgabe im Rahmen des Geschäftsverteilungsplanes zugeordnet ist und merkt an, dass er daran auch nichts ändern wird.

Herr Held möchte wissen:

„3. Warum ist das Thema noch nicht zu Chefsache gemacht worden?“

Der Landrat weist u. a. darauf hin, dass es eine ordnungsgemäße Aufgabenverteilung im Rahmen des Geschäftsverteilungsplanes gibt und er über alle wichtigen Dinge informiert ist.

Herr Held ist der Meinung, dass das Problem nicht gelöst wird, die Fahrgastzahlen in den Bussen abnehmen und es nicht nur ein touristisches Problem, sondern auch ein Problem der Daseinsvorsorge und des Schülerverkehrs ist.

Der Landrat macht darauf aufmerksam, dass die Daseinsvorsorge und der Schülerverkehr im Raum Lychen und in Templin über die Regularien und den beschlossenen Nahverkehrsplan abgesichert sind.

Herr Helmut Bergsträßer, Leiter der Arbeitsgruppe Stadtentwicklung Lychen, weist auf den ÖPNV als Schlüsselthema in der Stadtentwicklung und der Entwicklung des ländlichen Raumes hin. Kürzungen oder Streichungen im ÖPNV würden mittel- und langfristig den Tod einer jeden kleinen Gemeinde bedeuten.

Er fragt: *„Ist das im Sinne der dort lebenden Bevölkerung?“*

Herr Bergsträßer merkt an, dass es viele immer älter werdende Menschen, Jugendliche ohne Führerschein und Gäste, die hier einen unkomplizierten Urlaub verbringen möchten, gibt.

Er fragt: *„Wie passt das zur immer wieder propagierten Nachhaltigkeit und notwendigen Entwicklung kleiner Orte? Müsste nicht ein Ausbau des ÖPNV im Vordergrund allen politischen Handelns stehen?“*

Der Landrat teilt mit, dass er den Ausbau des ÖPNV nicht in Frage stellt und weist u. a. auf den Einsatz größerer finanzieller Mittel des Landkreises zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs sowie zur Verbesserung der Verbindung zwischen Schiene und Bus hin.

Frau Tabea Sorgatz aus Eselshütt bei Templin teilt mit, dass sie, zusammen mit einigen anderen betroffenen Bürgern und Anwohnern, die „Bürgerinitiative Eselshütt“ gegründet hat, die sich gegen eine geplante Legehennenanlage in Eselshütt richtet. Frau Sorgatz übergibt dem Kreistagsvorsitzenden einen Fragenkatalog mit insgesamt 8 Fragen (siehe **Anlage 2**) und trägt anschließend ihre Fragen einzeln mündlich vor.

Der Landrat merkt an, dass er die einzelnen Fragen heute nicht im Detail beantworten kann und sagt Frau Sorgatz eine ausführliche schriftliche Beantwortung ihrer Fragen zu.

Frau Karola Gundlach, Bürgermeisterin der Stadt Lychen, kritisiert die vom Landrat auf mindestens drei Veranstaltungen gemachten Äußerungen, wonach sich die Stadt Lychen damals nicht an der Erarbeitung des Nahverkehrsplanes beteiligt hätte. Sie möchte in diesem Zusammenhang wissen:

„Warum hat nicht der Vorsitzende des Tourismusverbandes gerade damals schon darauf geachtet, dass die Tourismusregion insgesamt in der Uckermark dort mit ordentlich betrachtet wurde?“

Der Landrat stellt u. a. klar, dass er nicht gesagt hat, dass sich die Stadt Lychen nicht beteiligt hat, sondern dass er die Bürger aufgefordert hat in der Verwaltung nachzufragen, wie sich die Stadt Lychen beteiligt hat und was sie aufgeschrieben hat.

Frau Ulrike Harsch aus Lychen möchte zur Zukunft des ländlichen Raumes in der Uckermark wissen:

„Wie wollen Sie den öffentlichen Personennahverkehr der Uckermark im ländlichen Raum und auch kreisübergreifend weiter entwickeln und mit welchen konkreten Maßnahmen?“

Herr Seyfried weist auf die heute in diesem Zusammenhang noch zu behandelnden Anträge hin und ist der Meinung, dass es hier durchaus Entwicklungen gibt.

Herr Uwe Ruhnau aus Lychen nimmt u. a. auf eine überregionale Pressemitteilung Bezug, wonach Frau Susanne Henke vom VBB über hohe jährliche Steigerungsraten bei den Zugfahrten in Brandenburg berichtet hat.

Herr Ruhnau sieht die Dringlichkeit des Handelns darin, den ÖPNV nicht zu kappen, sondern diesen weiterzuführen und zu entwickeln.

Er informiert außerdem über einen Vorwurf, wonach das Land Brandenburg die ausgereichten Bundesmittel nicht in vollem Umfang dem ÖPNV der Landkreise zuführt, sondern damit noch andere wichtige Aufgaben finanziert haben soll.

Herr Ruhnau möchte deshalb wissen, ob dieser Vorwurf einen realen Hintergrund hat.

Der Landrat verweist in diesem Zusammenhang auf einen heute noch zu behandelnden Antrag der Fraktion Bauern-Ländlicher Raum zur finanziellen Beteiligung des Landes Brandenburg am ÖPNV der Landkreise. Er macht außerdem auf eine Veranstaltung am 16.06.2017 in Angermünde mit Frau Ministerin Schneider aufmerksam, in der es um die Themen Nahverkehr in Brandenburg und Landesentwicklungsplan geht und zu der u. a. die Träger öffentlicher Belange eingeladen wurden.

zu TOP 6: Anfragen aus dem Kreistag

zu TOP 6.1: Abgelehnte Asylbewerber beschreiten immer öfter den Klageweg AF/728/2017

Herr Seyfried macht darauf aufmerksam, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 06.06.2017 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsabgeordneten ebenfalls eine Kopie dieser Antwort zur Kenntnis gegeben wurde.

Er fragt Herrn Weide, ob er die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält, was von Herrn Weide bestätigt wird.

zu TOP 6.2: Vorfall in der Stadtverwaltung Templin AF/729/2017

Herr Seyfried macht darauf aufmerksam, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 02.06.2017 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsabgeordneten ebenfalls eine Kopie dieser Antwort zur Kenntnis gegeben wurde.

Er fragt Herrn Weide, ob er die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält, was von Herrn Weide bestätigt wird.

**zu TOP 6.3: Integration Flüchtlinge und Asylbewerber
AF/735/2017**

Herr Seyfried macht darauf aufmerksam, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 09.06.2017 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsabgeordneten ebenfalls eine Kopie dieser Antwort zur Kenntnis gegeben wurde.

Er fragt Herrn Weide, ob er die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält, was von Herrn Weide bestätigt wird.

**zu TOP 6.4: Linksextremismus und Rechtsextremismus
AF/737/2017**

Herr Seyfried macht darauf aufmerksam, dass der Einreicher der Anfrage eine schriftliche Antwort vom 30.05.2017 erhalten hat und allen übrigen Kreistagsabgeordneten ebenfalls eine Kopie dieser Antwort zur Kenntnis gegeben wurde.

Er fragt Herrn Weide, ob er die schriftliche Beantwortung der Anfrage für ausreichend hält, was von Herrn Weide bestätigt wird.

**zu TOP 6.5: Illegale Fällungen von Greifvogel-Horstbäumen
AF/741/2017**

Frau Bader nimmt Bezug auf ihre Anfrage aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung (REA) am 15.05.2017 zur illegalen Fällung von Horstbäumen, zu der sie auch eine ausführliche schriftliche Antwort erhalten habe. Sie teilt mit, dass sie darauf basierend jetzt neue Fragen hat.

Frau Bader trägt die Anfrage anschließend mündlich vor.

Der Landrat sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

Die Anfrage liegt schriftlich vor und wurde im Nachgang zur Sitzung als **DS-Nr.: AF/741/2017** registriert.

**zu TOP 6.6: Wirtschaftsplan der UVG
AF/742/2017**

Frau Bader stellt eine Anfrage zum Wirtschaftsplan der UVG.

Herr Brandenburg teilt mit, dass der Wirtschaftsplan der UVG beschlossen ist und es auch ein klares Procedere für die Bekanntmachung und Nachreichung gibt. Er sagt zu prüfen, inwieweit dieses Procedere eingehalten wurde.

Herr Seyfried sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

Die Anfrage liegt schriftlich vor und wurde im Nachgang zur Sitzung als **DS-Nr.: AF/742/2017** registriert.

zu TOP 7: Anträge an den Kreistag

Herr Seyfried übergibt um 15:18 Uhr die Fortführung der Sitzung an den 1. stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden Herrn Banditt und kündigt an, sich zum TOP 7.1 zu Wort zu melden.

zu TOP 7.1: Rechtswidrige Sitzungsleitung auf der Kreistagssitzung am 15. März 2017 AN/702/2017/1

Herr Dr. Gerlach schildert die Gründe, die aus seiner Sicht zur Einreichung des vorliegenden Antrages geführt haben.

Er hält es für bedauerlich, dass die vorgebrachten schriftlichen Einwendungen zur Niederschrift der 12. Sitzung des Kreistages am 15.03.2017 (öffentlicher Teil) heute mehrheitlich abgelehnt wurden und somit kein Beweismittel in Form eines Wortprotokolls für die seiner Ansicht nach fehlerhafte Sitzungsleitung durch den Kreistagsvorsitzenden am 15.03.2017 mehr anzufertigen ist.

Herr Bretsch nimmt zu den Äußerungen Dr. Gerlachs Stellung und weist u. a. darauf hin, dass es bei seinem Geschäftsordnungsantrag in der letzten Sitzung des Kreistages am 15.03.2017 nicht darum ging, irgendjemanden das Wort abzuschneiden, sondern es den Kreistagsmitgliedern zu ermöglichen, den Antrag AN/697/2017 nicht nur im Kreistag, sondern auch in den Ausschüssen zu beraten.

Herr Seyfried geht in einem längeren Redebeitrag u. a. auf den Ablauf der Sitzung des Kreistages am 15.03.2017 zum TOP 8.7 (DS-Nr.: AN/697/2017) ein und nennt die Gründe für die im Rahmen seiner Sitzungsleitung getroffenen Entscheidungen. Er räumt ein, dass es selbstverständlich vorkommen kann, dass dem Kreistagsvorsitzenden in Ausübung seiner Funktion Fehlentscheidungen unterlaufen können, da auch er nicht unfehlbar sei. Herr Seyfried merkt an, dass sich für ihn nur die Frage stellt, wie mit einer solchen Situation umgegangen wird. Er schlägt als einzig sinnvolle Möglichkeit zur Beantwortung dieser Frage vor, die Situation zu beraten, zu bewerten und nach Wegen zu suchen, wie das Risiko von Fehlentscheidungen gemindert werden kann. Abschließend weist Herr Seyfried darauf hin, dass der heute vorliegende Antrag AN/702/2017/1 einerseits unter der Überschrift Rechtswidrigkeit firmiert und gleichzeitig den Kreistag selbst zu einem Beschluss auffordert, der nach seiner Auffassung rechtswidrig wäre, da dieser vorsieht, eine Löschung der Niederschrift nicht vorzunehmen.

Herr Seyfried stellt den Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung und teilt mit, dass er sich die Abgabe einer persönlichen Erklärung nach Beendigung der Abstimmung vorbehält.

(Herr Dräger geht um 15:32 Uhr.)

Herr Wichmann kritisiert die Äußerungen von Herrn Bretsch bezüglich seines damaligen Geschäftsordnungsantrages. Er weist u. a. darauf hin, dass nach einem Geschäftsordnungsantrag zur Verweisung in die Ausschüsse keine Einbeziehung der Bürger mehr in die Debatte und keine Diskussion seitens der Kreistagsmitglieder zu vorliegender Angelegenheit mehr möglich sind. Von

Herr Seyfried hätte er erwartet, dass er seine in der Sitzung am 15.03.2017 gemachten Fehler wenigstens eingesteht und sich heute dafür entschuldigt.

Herr Dr. Schwill merkt an, dass er sich ebenfalls eine Entschuldigung von Herrn Seyfried gewünscht hätte.

Herr Krumrey bedauert die aktuelle Debatte und ruft die Kreistagsmitglieder auf darüber nachzudenken, ob sie mit ihrem Agieren nicht auch ein Stück dazu beigetragen haben, dass von Zeit zu Zeit die Sitzungsleitung etwas schwierig zu führen war. Er plädiert dafür, zukünftig als Kreistagsmitglieder etwas kulturvoller miteinander umzugehen. Herr Krumrey erinnert auch den 1. Stellvertreter des Kreistagsvorsitzenden sowie die 2. Stellvertreterin des Kreistagsvorsitzenden daran, dass sie den Kreistagsvorsitzenden hinsichtlich einer ordnungsgemäßen Sitzungsleitung unterstützen sollten.

Herr Seyfried nimmt auf seinen vorangegangenen Redebeitrag Bezug, in dem er u. a. zum Ausdruck bringen wollte, dass er sich nicht für unfehlbar hält.

Herr Dr. Gerlach teilt u. a. mit, dass er von Herrn Seyfried eine kurze und klare Entschuldigung erwartet hätte, woraufhin die CDU-Fraktion dann ihren Antrag AN/702/2017/1 zurückgezogen hätte.

Auf Nachfrage von Frau Bader, ob der Vorsitzende des Kreistages zur unparteiischen Sitzungsleitung verpflichtet ist, merkt Herr Banditt an, dass dieses selbstverständlich der Fall ist.

Herr Koeppen kritisiert die Art und Weise, wie der Kreistagsvorsitzende in dieser und in den letzten Sitzungen des Kreistages mit den Bürgerinnen und Bürgern umgegangen ist. Er nimmt anschließend Bezug auf den Umgang des Kreistagsvorsitzenden mit dem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Wichmann in der Sitzung des Kreistages am 15.03.2017 zum TOP 8.7 (DS-Nr.: AN/697/2017) und hält die in diesem Zusammenhang geäußerte Kritik für berechtigt. Herr Koeppen bittet Herrn Seyfried, sich für sein Verhalten bei den Bürgerinnen und Bürgern und den Kreistagsmitgliedern zu entschuldigen.

Herr Scheffel kritisiert die lange Debatte in vorliegender Angelegenheit und spricht sich für eine kurze Entschuldigung seitens des Kreistagsvorsitzenden aus.

Herr Banditt bittet um Abstimmung über den von Herrn Seyfried gestellten Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: *Nein: mehrheitlich*

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag abgelehnt.

Es erfolgt anschließend die Abstimmung zum Antrag AN/702/2017/1.

„Der Kreistag missbilligt die Sitzungsleitung des Kreistagsvorsitzenden am 15.03.2017 wegen Verstoßes gegen die Geschäftsordnung des Landkreises Uckermark und die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg. Eine Löschung der Tonbandaufzeichnung ist aus Beweisgründen vorerst nicht vorzunehmen. Die entsprechenden Passagen aus der Tonbandaufzeichnung sind in die Niederschrift aufzunehmen.“

Abstimmungsergebnis: Ja: 17 Nein: 23 Enthaltungen: 4

Damit ist der Antrag AN/702/2017/1 abgelehnt.

(Herr Dr. Genschow geht um 15:45 Uhr)

Herr Seyfried gibt folgende persönliche Erklärung ab:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren,

warum dieser Antrag nicht zustimmungsfähig ist, hatte ich vorhin erläutert. Nun habe ich aber auch nicht dagegen gestimmt. Das bedarf einer gewissen Erklärung. Ich bin davon ausgegangen, dass das Thema weiterverfolgt werden wird und dass es ein Podium gibt, um es weiter fortzusetzen. Dem wollte ich auch nicht Vorsprung leisten. Insofern habe ich mich also lieber zurückgehalten und gesagt: Stimm mal über das Ding nicht ab. Nichtsdestotrotz, es gibt diese Unfehlbarkeit nicht. Das habe ich vorhin sehr deutlich gemacht. Und selbstverständlich mache ich auch Fehler. Das ist eben so. Ich wünschte mir selbstverständlich auch, dass das nicht passiert. Es tut mir irgendwo auch imnach-hinein Leid. Und Sie werden sich erinnern, Herr Wichmann, in der Pause bin ich auf Sie zugekommen und wollte mit Ihnen ein Gespräch anfangen. Sie werden sich daran erinnern. Da standen Sie da vorne mit Herrn Bretsch. Genau das wäre an und für sich die Umgangsform miteinander zu sagen: Lasst uns miteinander reden und Fehler mindern. Aber, ich denke schon, dass wir unter ordentlichen Bedingungen weiterarbeiten. Zu dem Thema Unparteilichkeit: Genau deshalb habe ich alle Parteiämter aufgegeben, um eine Unparteilichkeit zu haben. Das ist an anderen Stellen nicht so der Fall. Ich weiß, dass Parteivorsitzende gerne auch Bundeskanzler oder Landtagschef sind. Aber bei uns ... Präsident bin ich übrigens tatsächlich nicht. Habe ich auch nie gesagt.“

PAUSE von 16:00 Uhr bis 16:20 Uhr.

(Herr Thomas Neumann geht um 16:00 Uhr.)

**zu TOP 7.2: Stärkung des Ehrenamtes im Brand- und Katastrophenschutz
AN/725/2017**

Herr Seyfried übernimmt um 16:20 Uhr wieder die Fortführung der Sitzung.

Er schlägt wegen des sachlichen Zusammenhangs vor, gemeinsam über den vorliegenden Antrag AN/725/2017 und den TOP 9 der Tagesordnung - Bericht des Kreisbrandmeisters (BR/706/2017/1) zu beraten und danach über den Antrag AN/725/2017 abzustimmen und die Berichtsvorlage BR/706/2017/1 zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Koeppen begrüßt den vorliegenden Antrag und die Initiative der Fraktionen des Kreistages, die diesen Antrag möglich gemacht haben. Er bedauert jedoch, dass es in Eisenhüttenstadt nicht ausreichend Lehrpersonal zur Ausbildung junger Feuerwehrleute gibt. Herr Koeppen plädiert dafür, dass Politik, Verwaltung und Feuerwehrleute gemeinsam einen Weg finden sollten, um aus

dem Missverhältnis zwischen beantragten und bewilligten Lehrplatzzuweisungen herauszukommen.

Der Landrat merkt u.a. an, dass er die etwas zurückhaltenden Auffassungen der Feuerwehrverbände des Landkreises zum Thema Feuerwehrrente durchaus für berechtigt hält. Bezüglich der Nachwuchsgewinnung plädiert er dafür, auf die Jugendlichen zuzugehen, die jetzt vor Ort da sind, um sie zur Mitarbeit in den Feuerwehrverbänden zu gewinnen. Der Landrat schätzt die Jugendarbeit bei allen Trägern des Brandschutzes und auch bei den Verbänden im Landkreis als hervorragend ein.

Herr Bretsch spricht sich für den AN/725/2017 aus und sieht in der Wertschätzung der Mitglieder von Feuerwehren und Hilfsorganisationen des Brand- und Katastrophenschutzes den grundlegenden Inhalt des Antrages. Er berichtet u. a. über Initiativen und Modelle aus seiner beruflichen Praxis, mit denen Jugendliche bereits in der Schule und im schulischen Umfeld für eine Mitarbeit in o.g. Organisationen begeistert werden sollen.

Herr Scheffel nimmt Bezug auf den Antrag AN/725/2017 und teilt mit, dass er keinen Sinn darin sieht Beschlüsse zu fassen, die für die Betroffenen erst in ca. 20-30 Jahren wirken und weist u. a. darauf hin, dass für die steuerliche Entlastung der Bund zuständig ist.

Herr Regler merkt zum Antrag AN/725/2017 an, dass er die praktische Umsetzung des Beschlusses bezweifelt. Er teilt mit, dass er den Antrag so nicht mittragen kann, da er diesen für zu populistisch hält. Herr Regler schlägt stattdessen vor, den Mitgliedern der Feuerwehren und Hilfsorganisationen des Brand- und Katastrophenschutzes einfach eine monatliche Aufwandsentschädigung zu gewähren. Er kündigt an, dass sich die FDP-Fraktion bei der Abstimmung der Stimme enthalten wird.

Herr Banditt spricht sich für eine Zustimmung zum Antrag AN/725/2017 aus, um die Dinge auf den Weg zu bringen.

Herr Krumrey weist u. a. darauf hin, dass der Landkreis nicht Träger des Brandschutzes ist, sondern die Städte und Gemeinden. Er plädiert für eine Zustimmung zum Antrag AN/725/2017 und dafür, heute damit zu beginnen, um mit entsprechenden Maßnahmen das Ehrenamt zu würdigen. Herr Krumrey signalisiert die Zustimmung der Fraktion DIE LNKE zum vorliegenden Antrag.

„Zur Unterstützung und Würdigung des besonderen Engagements in den Feuerwehren und Hilfsorganisationen des Brand- und Katastrophenschutzes und der Anerkennung der geleisteten Arbeit beschließt der Kreistag,

1. die Landesregierung aufzufordern, in Abstimmung mit den Trägern des Brandschutzes eine Feuerwehrrente einzuführen.

2. die Landesregierung aufzufordern, sich auf Bundesebene für die steuerliche Entlastung der Mitglieder von Feuerwehren und Hilfsorganisationen einzusetzen.

3. die Landesregierung aufzufordern, sich auf Bundesebene für die steuerliche Entlastung der Arbeitgeber, bei denen Mitglieder von Feuerwehren und Hilfs-

organisationen des Brand- und Katastrophenschutzes beschäftigt sind, einzusetzen.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

**zu TOP 7.3: Finanzielle Beteiligung des Landes Brandenburg am ÖPNV der Landkreise
AN/738/2017**

Herr Seyfried schlägt wegen des unmittelbaren Sachzusammenhangs vor, die Diskussion zu den Anträgen AN/738/2017, AN/727/2017, AN/697/2017/3 und der Beschlussvorlage BV/720/2017 im Zusammenhang zu führen und dann der Reihe nach einzeln über die Tagesordnungspunkte 7.3, 7.4, 7.5 und 8. abzustimmen.

Herr Rensch erläutert für die Fraktion Bauern-Ländlicher Raum den Antrag AN/738/2017 und bittet den Kreistag um Zustimmung.

Frau Bader erläutert für die Fraktion Grüne/RdUM den Antrag AN/727/2017. Sie merkt u.a. an, dass aktuell ein Anstieg bei der Nutzung von Privatfahrzeugen für die Anreise von Gästen aus Berlin nach Lychen zu verzeichnen ist, was zur Verringerung der Fahrgastzahlen in den noch vorhandenen Bussen führt. Um diesem Trend entgegenzuwirken plädiert sie für die kurzfristige Wiedereinsetzung des Zweistudentaktes auf der Linie 517 (Fürstenberg-Lychen).

Herr Banditt erläutert für die CDU-Fraktion den AN/697/2017/3. Er merkt u. a. an, dass bei Zustimmung zum vorliegenden Antrag fast alle Anfragen der Bürgerinnen und Bürger zum ÖPNV entsprechende Berücksichtigung finden werden.

Der Landrat nimmt Bezug auf die Beschlussvorlage BV/720/2017 und weist u.a. darauf hin, dass in der letzten Beratung mit den Amtsdirektoren und Bürgermeistern die vorliegende Thematik besprochen wurde und das beschriebene Verfahren auf allgemeine Zustimmung gestoßen ist.

Herr Bretsch hält den Beschluss zum Antrag AN/697/2017/3 für den geeigneten Weg, entsprechende Entscheidungen zu treffen. Er sieht es jedoch als problematisch an, einerseits den Nahverkehrsplan verändern zu wollen und andererseits eine Einzelstrecke wie im Antrag AN/727/2017 zu beschließen. Herr Bretsch lehnt dieses aus Gründen der Sachgerechtigkeit und Rechtskonformität ab. Er merkt u. a. an, dass der Landkreis Uckermark nicht beschließen kann, wie der Nahverkehr im Landkreis Oberhavel stattfindet. Herr Bretsch hält dieses für eine Angelegenheit des Nahverkehrsplanes und der Verhandlung des Nahverkehrsplanes mit dem Nachbarlandkreis. Er sieht deshalb den Antrag AN/727/2017 sehr kritisch, wobei er die beiden anderen Anträge AN/738/2017 und AN/697/2017/3 sowie die Beschlussvorlage BV/720/2017 befürwortet.

Herr Rohne teilt u.a. mit, dass die Fraktion DIE LINKE nicht gegen den Antrag AN/697/2017/3 stimmen wird, obwohl dieser in der vorliegenden Version nicht in den Fachausschüssen beraten wurde. Er signalisiert Zustimmung zum Antrag AN/738/2017.

Herr Koeppen spricht sich für den Antrag AN/738/2017 aus und möchte wissen, ob es noch möglich ist, dass alle Fraktionen als Einbringer des Antrages fungieren, um ein ähnlich starkes Signal wie bei der Feuerwehrrente auszusenden.

Herr Seyfried hält es für schwierig, in der laufenden Beratung zur Thematik noch eine dahingehende Abstimmung zwischen den Fraktionen hinzubekommen. Herr Seyfried schlägt stattdessen eine entsprechende Bevotung des Antrages vor, um dadurch ein starkes Signal des Kreistages auszusenden.

Herr Wichmann teilt u. a. mit, dass er alle vier zur Thematik vorliegenden Drucksachen befürwortet, einschließlich der Verwaltungsvorlage. Er merkt an, dass es aus seiner Sicht nach wie vor ein großer Fehler war, bei steigenden Einwohnerzahlen in den ländlichen Regionen, bei wachsenden Tourismusströmen mit Berlinern ohne Auto und auch bei einer deutlich verbesserten finanziellen Situation des Kreishaushaltes, diese Fahrplankürzungen auf den Weg gebracht zu haben. Herr Wichmann hält eine Überarbeitung des Nahverkehrsplanes unter Berücksichtigung der Anbindung Lychens an den Bahnhof Fürstenberg für dringend erforderlich. Er ist der Auffassung, dass der Landkreis sich mit seinem Nahverkehrsplan und mit der Taktung der Buslinien besser an den Touristen- und Reisesströmen der Bahnhöfe und der Pendler orientieren sollte, als dieses bisher der Fall ist.

Herr Poppe spricht sich u. a. dagegen aus, sich im Kreistag mit einzelnen Buslinien zu beschäftigen und plädiert dafür, diese Arbeit den Fachleuten zu überlassen. Bezüglich der zukünftigen Überarbeitung des Nahverkehrsplanes wünscht sich Herr Poppe eine intensivere Mitarbeit durch alle Beteiligten als beim letzten Mal.

Frau Bader plädiert für einen Beschluss zum Antrag AN/727/2017 und weist darauf hin, dass auch andere bereits beschlossene Kürzungen bei Buslinien, wie z. B. in Schwedt und den Biber-Bus in Angermünde, wieder zurückgenommen wurden. Zu den Anträgen AN/738/2017 und AN/697/2017/3 signalisiert Frau Bader die Zustimmung der Fraktion Grüne/RdUM.

Herr Scheffel ist der Auffassung, dass manches im Vorfeld im Aufsichtsrat der Uckermärkischen Verkehrsgesellschaft (UVG) hätte geklärt werden können, wenn die Mitglieder der Aufsichtsrates über bestimmte Sachen informiert gewesen wären. Er bittet Herrn Brandenburg in der nächsten Sitzung des Aufsichtsrates am 21.06.2017 u.a. darüber zu beraten, wie die Busse ausgelastet werden können.

Herr Poppe nimmt auf die von Frau Bader angesprochenen Rücknahmen der Kürzungen bei den Buslinien in Angermünde und Schwedt Bezug. Er teilt mit, dass es hier Nachverhandlungen zwischen dem 1. Beigeordneten und den Bürgermeistern von Angermünde und Schwedt gab. Im Ergebnis dessen konnten die Städte Angermünde und Schwedt durch den Einsatz von Eigenmitteln eine Aufstockung bei den Buslinien erreichen. Herr Poppe weist darauf hin, dass allen Kommunen die Möglichkeit offen steht, durch den Einsatz von Eigenmitteln ein Fahrplanangebot zu gewährleisten, das über das im Nahverkehrsplan vorgesehene Fahrplanangebot hinausgeht.

Herr Wichmann nimmt zu den Ausführungen von Herrn Scheffel Stellung und merkt an, dass die Fahrplankürzungen oder die Gestaltung des Fahrplanes

nie Themen der Aufsichtsratssitzungen des Aufsichtsrates der UVG gewesen sind und es in der Form auch nicht sein können.

Herr Zimdars unterstreicht die Bedeutung Fürstenbergs für den ÖPNV der westlichen Uckermark. Er weist auf die ökonomische Bedeutung des Tourismus für die Uckermark hin, insbesondere für die Westuckermark und den Raum Lychen. Herr Zimdars plädiert dafür, nicht vor der Besonderheit der Verbindung zwischen Fürstenberg und Lychen zu kapitulieren. Er schlägt vor, diese Strecke weiter auszubauen, anstatt auszudünnen. .

„Der Kreistag beschließt, das Land aufzufordern seiner Verantwortung gerecht zu werden und sich, vergleichbar mit anderen Bundesländern, der Aufgabe zu stellen, die Landkreise finanziell so zu unterstützen, dass ein moderner, attraktiver ÖPNV die Bedürfnisse der Einheimischen, Zuziehenden und Touristen erfüllt.“

Des Weiteren soll der Landrat beauftragt werden, seine Möglichkeiten auszuschöpfen, um andere Landkreise zu solchen oder ähnlichen Beschlüssen anzuregen.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 7.4: Busverbindung Lychen-Fürstenberg AN/727/2017

„Im Abschnitt Fürstenberg – Lychen der Linie 517 wird sofort, spätestens ab Juli 2017, der Fahrplan des vergangenen Jahres (Zweistundentakt) wieder in Kraft gesetzt.“

Abstimmungsergebnis: Ja: 20 Nein: 22 Enthaltungen: 2

Damit ist der Antrag AN/727/2017 abgelehnt.

zu TOP 7.5: Antrag zum Fahrplanwechsel des ÖPNV AN/697/2017/3

„Der Kreistag des Landkreises Uckermark beauftragt den Landrat, den Fahrplan des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) mit den Bürgermeistern und Amtsdirektoren abzustimmen und zeitnah einen überarbeiteten Nahverkehrsplan zur Diskussion und Beschlussfassung einzubringen. Dabei sollten überregionale Bahnhaltepunkte stärker als bisher bei der Fahrplantaktung berücksichtigt werden, auch wenn sie außerhalb des Landkreises Uckermark liegen, aber sich in relativ erreichbarer Nähe befinden.“

Die Ergebnisse sind durch den Kreistag zu beschliessen.

Der Landrat stellt sicher, dass der Fahrplan des Öffentlichen Personennahverkehrs des Landkreises Uckermark einschliesslich aller vorgenommenen Änderungen zu dem im Nahverkehrsvertrag festgelegten Fahrplanwechsel am 10.12.2017 in Kraft treten kann.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 8: Zeitschiene zur Fahrplanerstellung
Vorlage: BV/720/2017

„Der Kreistag stimmt dem Planungsalgorithmus zur jährlichen Fahrplanerstellung gemäß Anlage 1 zu.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

Anlage 1 (siehe **Anlage 3** zur Niederschrift der 13. Sitzung des Kreistages (5. Wahlperiode) am 14.06.2017 – öffentlicher Teil)

zu TOP 9: Bericht des Kreisbrandmeisters
Vorlage: BR/706/2017/1

„Der Kreistag nimmt den Bericht des Kreisbrandmeisters zur Kenntnis.“

zu TOP 10: Kündigung der Mitgliedschaft im Verein Creditreform Neubrandenburg e. V.

Vorlage: BV/704/2017

„Der Kreistag beschließt die Kündigung der Mitgliedschaft in der Creditreform Neubrandenburg e.V. zum 31.05.2018. Der Landrat wird beauftragt, die Kündigung zu veranlassen.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 11: Zustimmung gem. § 70 (1) Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) zur überplanmäßigen Auszahlung für die Umsetzung des Breitbandausbaus im Landkreis Uckermark

Vorlage: BV/721/2017

„Der Kreistag genehmigt für das Produktkonto 57110.781801 im Jahr 2017 eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 928.757 Euro und für das Jahr 2018 in Höhe von 1.000.000 Euro zur Umsetzung des Breitbandausbaus im Landkreis Uckermark.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

zu TOP 12: Zustimmung gem. § 70 (1) Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) zu außerplanmäßigen Auszahlungen für die Straßenbaumaßnahme K 7349 OD Friedenfelde

Vorlage: BV/712/2017

„Der Kreistag genehmigt die Eilentscheidung gem. § 58 BbgKVerf für die außerplanmäßigen Auszahlungen auf dem Produktkonto 54210.096120/785201 für den Ausbau der K 7349 Ortsdurchfahrt (OD) Friedenfelde aus der vorhandenen Liquidität des Kreishaushaltes. Die Höhe beträgt 15.000,00 € im Haushaltsjahr 2017 und eine Verpflichtungsermächtigung von 363.925,00 € für 2018, davon Eigenmittel in Höhe von 105.175,00 €.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

**zu TOP 13: Zustimmung gem. § 70 (1) Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) zur überplanmäßigen Auszahlung zum Ausbau der K 7309 OD Schönfeld
Vorlage: BV/713/2017**

„Der Kreistag genehmigt die Eilentscheidung gem. § 58 BbgKVerf für die überplanmäßige Auszahlung aus dem Produktkonto 54210.785201 in Höhe von 313.317 € für den Ausbau der K 7309, Ortsdurchfahrt (OD) Schönfeld, 2017 und 102.683 € für das Jahr 2018.“

Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig

**zu TOP 14: Zusammenfassender Bericht zur Querschnittsprüfung der Landwirtschaftsämlter in den Landkreisen des Landes Brandenburg - Förderperiode bis 2014
Vorlage: BR/708/2017/2**

„Die Kreistagsmitglieder nehmen die nachfolgenden Unterlagen zur Kenntnis.

- 1. Zusammenfassender Bericht zur Querschnittsprüfung der Landwirtschaftsämlter in den Landkreisen des Landes Brandenburg vom 15.03.2017 (Az.: 3.KPA-393-56), veröffentlicht auf der Homepage des Ministeriums des Innern;
http://www.mik.brandenburg.de/media_fast/4055/Zusammenfassender%20Bericht%20Landwirtschaft.pdf,*
- 2. Prüfvermerk zur Querschnittsprüfung der Landwirtschaftsämlter Landkreis Uckermark vom 15.03.2017 (Az.: 3.KPA-393-56-73), öffentlich.“*

zur Kenntnis genommen:

gez. Wolfgang Seyfried
Vorsitzender des Kreistages

gez. Dietmar Schulze
Landrat

gez. Wolfgang Gerhardt
Schriftführer